

Der Dreischritt "Würde - Gerechtigkeit - Partizipation" als sozialpolitisches Konzept. Überlegungen zum Sozialwort der katholischen Kirche in Luxemburg

*Referat für den Journée sociale, Luxemburg, 28. Juni 2008
von Prof. Dr. Markus Vogt, LMU München*

Gliederung

1. Einleitung: Der (theo-)logische Zusammenhang von Würde, Gerechtigkeit, Partizipation
2. Ein unbequemes Erbe: die biblische Option für die Armen
3. Empowerment der Schwachen: katholische Zugänge zum Sozialstaatsdenken
4. Risiken im Wandel: neue Aufgaben des Sozialstaates
5. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch „Kapitalisten der Nächstenliebe“
6. Kommentare zu den sozialpolitischen Handlungsfeldern der Kirche in Luxemburg aus deutscher Perspektive

1. Einleitung: Der (theo-)logische Zusammenhang von Würde, Gerechtigkeit, Partizipation

Würde, Gerechtigkeit und Partizipation sind die drei ethischen Leitbegriffe des 2007 erschienenen Sozialwortes der Katholischen Kirche in Luxemburg. Für eine sozialetische Interpretation kommt es vor allem auf den Zusammenhang der drei Begriffe an: Sie können und müssen sich wechselseitig so ergänzen, dass daraus ein Programm für christliche Sozialpolitik in Europa wird. Dessen tiefste Begründung ist die unbedingte Würde des Menschen, die in der Gottebenbildlichkeit des Menschen gründet, erst spät von der Kirche in ihrer menschenrechtlichen Entfaltung durch individuelle Freiheitsrechte, soziale Anspruchsrechte und politische Mitwirkungsrechte anerkannt wurden und die immer wieder neu durch Zuwendung zum Menschen auch und gerade an den Rändern der Gesellschaft und in den Situationen der Not verteidigt werden muss. Für den christlichen Glauben ist der Mensch in seiner unbedingten Würde der eigentliche Tempel Gottes auf Erden. Gottesliebe ist Nächstenliebe, Gottesdienst ist Nächstendienst, der Mensch hat keine spezifisch sakrale Bestimmung sondern eine soziale: Caritas, Liebe, die den Menschen in seinem Personsein entdeckt und fördert, ist der Sinn christlicher Existenz und die Wurzel des Auftrags zur Mitgestaltung von Politik.

Die „politische Form der Nächstenliebe ist Gerechtigkeit“ (Pesch). Gerechtigkeit kann man in der neuzeitlichen Gesellschaft nicht mehr an einer vermeintlich vorgegebenen Wesensordnung der richtigen Zusammenlebens messen und auch nicht einfach an dem Ideal der Gleichheit im Sinne der Nivellierung von Unterschieden, sondern letztlich nur an den Prinzipien der Menschenwürde, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit (Schramm et al 2006). Gerechtigkeit kann heute nicht mehr unmittelbar naturrechtlich begründet werden, sondern nur prinzipienethisch im Sinne eines umfassenden solidarischen Humanismus (vgl. Kompendium der Soziallehre der Kirche sowie Sozialwort der Kirche in Luxemburg 2007, S. 8). Gerechtigkeit zielt auf eine „Politik der Würde“ (so Margalit mit biblisch-alttestamentlichen Bezügen).

Nach biblischer Tradition meint Gerechtigkeit (*zedekia*) keinen erreichbaren Ordnungszustand, sondern eine Beziehung der Anerkennung, die die Würde des Nächsten auch und gerade dann achtet, wenn er abgehängt und in Not geraten ist. Sie zielt auf eine Dynamik zu je größerer Gerechtigkeit (Mt 5,20), die sich immer neu durch Armut und Unrecht aber auch durch die strukturpolitischer Spannung zwischen Solidarität und den Bedingungen wirtschaftlicher Dynamik. herausgefordert sieht.

Ziel der Gerechtigkeit ist nach christlicher Sicht, die den Menschen immer in seiner Einmaligkeit und Freiheit, nie als Kollektivwesen, im Blick hat, nicht die Nivellierung von Unterschieden oder eine Relativierung der Eigenverantwortung, sondern die Überwindung von Ausgrenzung und Demütigung. Christliche Gerechtigkeit zielt auf Integration, Beteiligung und Partizipation. Deshalb ist Beteiligungsgerechtigkeit ein Schlüssel moderner europäischer Sozialpolitik. Sie nimmt den armen nicht nur als Objekt der Fürsorge in den Blick, sondern ist ganz darauf ausgerichtet, dass er seine eigenen Potentiale und Stärken (wieder)entdeckt und entfaltet, dass er Subjekt seiner eigenen Entwicklung bleibt oder wird. Eine solche Aktivierung und Partizipation ist der Schlüssel erfolgreicher Sozialpolitik sowie wirksamer Caritasarbeit.

Ein christliches Konzept von Gerechtigkeit wurzelt in der unbedingten Würde des Menschen und zielt auf Partizipation.

Dieser Dreischritt, der im Sozialwort der katholischen Kirche von Luxemburg angelegt ist, hat meines Erachtens eine allgemeine Bedeutung für ein anthropologisch und sozialpolitisch tragfähiges Konzept von Sozialpolitik. Dieses ist in Deutschland seit einigen Jahren heftig umstritten (aktuell durch den in dieser Woche vom Kabinett verabschiedeten Armuts- und Reichtumsbericht, wonach die Quote der von armutsgefährdeten Menschen in Deutschland von 1998 bis 2005 von 12% auf 18 % gestiegen ist, und das bei gleichzeitig ansteigenden Ausgaben für die Sozialkassen von inzwischen 40 % des Bruttolohnes; vgl. Die Zeit, 26. 6. 2008, S. 19f).

Ein christliches Konzept von Caritas und Sozialpolitik, das von der Würde des Menschen ausgeht, das Verlierer und Notleidende nicht ausgrenzt, sondern ihre Stärken entdeckt und aktiviert und sie auf dieser Basis in die Gesellschaft integriert und sie beteiligt, kann meines Erachtens wesentliches zum Gelingen einer Sozialpolitik beitragen. Nur mit einer solchen Perspektive kann Sozialpolitik aus dem Dilemma herauskommen, dass sie zugleich immer teurer und immer unwirksamer wird. Darüber hinaus wäre eine solche Sozialpolitik ein wesentlicher Beitrag zur Identität Europas, dessen Geschichte wesentlich auch von sozialpolitischen Ideen geprägt ist, und zur Akzeptanzfähigkeit europäischer Politik.

2. Ein unbequemes Erbe: die biblische Option für die Armen

Solidarität mit den Schwachen gehört zur Substanz christlicher Ethik. Sie ist in der Bibel ein moralischer Imperativ und zugleich Ausdruck einer Gotteserfahrung: Immer wieder erwählt Gott ausgerechnet die Schwachen, Kleinen, Vergessenen und am Rande Stehenden als Träger seiner Botschaft. Abraham, ein umherirrender Viehhirte, der lange kinderlos war, wird zum Stammvater. Israel wird von Moses, einem Findelkind und später selbst Flüchtling, aus dem „Sklavenhaus Ägypten“ herausgeführt. In Erinnerung daran formulieren die Gebote soziale Schutzrechte für Fremde, Sklaven und Arme („Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen“; Ex 23,9). Die Propheten ergreifen Partei für die Armen, sind unbequeme Sozialkritiker und proklamieren *Gerechtigkeit als Medium der Gottesbeziehung* sowie unverzichtbare Praxis des Glaubens. Der Gottesknecht tritt nicht heldenhaft-siegreich in Erscheinung, sondern wird durch sein Leiden und Mitleiden zum Erlöser (Jes 42ff.). Der Messias wird als einer erwartet, der sich den Armen zuwendet (z. B. Jes 11,2). Die Armentheologie gehört zu den prägenden Traditionssträngen biblischer Überlieferung.

Jesus steht in dieser Tradition und lebt seine Sendung wesentlich in der Zuwendung zu den Schwachen. Er sieht sich gesandt, „zu verkündigen das Evangelium den Armen, zu predigen den Gefangenen, dass sie los sein sollen, den Blinden, dass sie sehend werden, den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein sollen“ (Lk 4,18). Im Hungernden, Nackten, Leidenden ist Christus

gegenwärtig (Mt 25,31-46). Die befreiende Zuwendung zum Schwachen ist der Ernstfall christlicher Nachfolge. In dieser Dynamik bestehen die besondere Aufgabe und das (Erfolgs-) Geheimnis des christlichen Glaubens an den am Kreuz erniedrigten Gott (so Matthias Drobinski in seinem Leitartikel „Die Glaubensmacht“ zu Ostern, SZ vom 22.-24.04.2008, S. 4). In seinen Anfängen hat sich das Christentum wesentlich als „Proletarierbewegung“ im alten Rom ausgebreitet und ist auch heute in den armen Ländern und Bevölkerungsgruppen der Welt weit erfolgreicher als bei den Reichen.

Im privaten Bereich der Nächstenliebe findet diese Ausrichtung der Ethik auf die Zuwendung zum Schwachen – wenigstens theoretisch – große Zustimmung. Im politischen oder gar wirtschaftlichen Bereich gilt die Option für die Schwachen dagegen häufig als naiv und weltfremd. Auch für die Kirche selbst ist sie unbequem und geriet immer wieder in Vergessenheit. Deshalb strebte Johannes XXIII. eine Erneuerung der Kirche als „Kirche der Armen“ an, was im Zweiten Vatikanischen Konzil programmatisch aufgegriffen wurde: ekklesiologisch durch Distanz gegenüber irdischer Herrlichkeit und das Postulat steter Bereitschaft zu Umkehr und Buße (*Lumen gentium* 8,3) und sozialetisch durch das diakonische Selbstverständnis ihres Sendungsauftrages (*Gaudium et spes* 23-32). Schrittmacher der Entfaltung dieses Ansatzes wurde die lateinamerikanische Kirche, die sich die „klare und prophetische, vorrangige und solidarische Option für die Armen zu eigen“ machte (III. Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla [1979]). Inzwischen ist die „Option für die Armen“ weltweit zum sozialetischen Leitbegriff geworden, der in kaum einer kirchlichen Stellungnahme zu sozialen Problemen fehlt. In ihm bündelt sich die immer wieder neu provozierende und unbequeme In-Frage-Stellung etablierter Rangordnungen in Kirche und Gesellschaft. Caritas als Zuwendung zum Schwachen ist ein unverzichtbarer Vollzug von Kirchesein.

Im Sozialwort, das mit der Reflexion auf Armut in Luxemburg beginnt, ist dieser Ansatz deutlich präsent. Aus christlicher Perspektive ist dabei eine Ethik des Hinschauens, die die vielfältigen Dimensionen von Armut wahrnimmt und benennt, unverzichtbar. Eine solche Ethik des Hinschauens mit empirischen Daten zu aktuellen Armutsphänomenen in Luxemburg findet sich besonders in dem Diskussionstext „Armut“. Weil Armutsüberwindung nicht einfach in der Versorgung der Armen mit Gütern gelingen kann, ist es notwendig, genau hinzuschauen, worin die Not jeweils besteht und wo jeweils die besonderen Hindernisse oder auch die positiven Anknüpfungspunkte und Ressourcen zur Überwindung von Armut liegen. Armutsüberwindung gelingt viel besser dort, wo die Hilfe mit persönlicher Zuwendung, Ermutigung und Befähigung und einer Begegnung auf gleicher Augenhöhe (Sozialwort S. 9) verbunden ist.

Auch in reichen Ländern wie Luxemburg und Deutschland gibt es viel Not, die nur in ihrer Mischung aus wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Faktoren angemessen, wahrgenommen und bewältigt werden kann.

2. Empowerment der Schwachen: katholische Zugänge zum Sozialstaatsdenken

Der Schutz der Schwachen hat im Sozialstaat seinen politisch-strukturellen Ausdruck gefunden. Europa war weltweit Pionier in der Entstehung des Sozialstaates. Die Kirchen haben daran einen wesentlichen Anteil (Baumgartner 2005; Gabriel 2006). Prägend war dabei vor allem das Spannungsverhältnis zwischen lutherisch-obrigkeitsstaatlichen, calvinistisch-liberalen und katholisch-caritativen Elementen. In Deutschland kam der Katholizismus in einer konstruktiven Konkurrenz zum vom Bismarck geprägten, eher obrigkeitsstaatlich orientierten lutherisch-

preußischen Modell über eine spezifische Praxis der verbandlichen Hilfe für Schwache zur Sozialpolitik.

Zuerst antwortete er auf die soziale Frage durch die Gründung von Caritaskreisen, Vinzenz- und Elisabethenvereinen sowie Vereinigungen für Krankenpflege, Kinderbetreuung und Jugendhilfe. Das Engagement religiöser Gemeinschaften zielte auf ein *Empowerment* marginalisierter Gruppen durch personale Zuwendung und soziale Integration. Aus diesen karitativen und pädagogischen Aktivitäten entwickelte sich schrittweise eine Auseinandersetzung mit den Ursachen der Not.

Das katholische Sozialstaatsdenken lässt sich durch vier charakteristische „Anti-Haltungen“ kennzeichnen (Kaufmann, 1989, 114; Gabriel, 2006, 14 ff.):

- *anti-liberal*: Aus der Überzeugung, dass der Markt alleine nicht zur Lösung der sozialen Frage führen könne, werden staatliche Gesetze und kollektiv ausgehandelte Lohnverträge gefordert, die sich an der Sozialpflichtigkeit des Eigentums orientieren.
- *anti-individualistisch*: Leitendes Konzept zur Überwindung der Not ist der Gemeinschaftsgedanke in der Form solidarischer Hilfe über Verbände, Vereine und karitative Einrichtungen sowie staatlicher Sicherungssysteme.
- *anti-sozialistisch*: Klassenkampfmoralität wird abgelehnt und stattdessen eine Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angestrebt, wobei Eigentum als ethisch legitim anerkannt, aber zugleich eine Beteiligung der Arbeitnehmer gefordert wird.
- *anti-etatistisch*: In Opposition zum „Staatssozialismus“ der Bismarck'schen Sozialgesetze betonen katholische Vertreter das Recht und die Eigenständigkeit der freien Wohlfahrtspflege.

Dieses Konzept zielt auf eine Vermittlung und Verknüpfung von staatlichen und marktlichen Akteuren der Wohlfahrtsproduktion mit solidarischen Aktionen in Familie, Nachbarschaft, Selbsthilfegruppen und bürgerschaftlich engagierten Verbänden. Der Einfluss des katholischen Modells schwindet gegenwärtig unter der Dominanz von eher calvinistisch geprägten Ideen, die vor allem über die Europäische Union eine wettbewerbsorientierte Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen einfordern (Gabriel, 2006, 19f.; zur calvinistischen Sozialtheorie vgl. Vogt, 1997, 206-224). Ein aktuelles Beispiel für die Dominanz dieser Leitideen in Brüssel ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom vergangenen Donnerstag (03.04.08), das die deutsche Mindestlohnvorgabe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verwirft.

Angesichts der Konflikte zwischen der katholischen Tradition des Sozialstaatsdenkens und der zunehmenden Gestaltung der Gesellschaft durch Wettbewerb, der einer ganz anderen Logik folgt, taucht immer wieder die Forderung auf, dass wir das Soziale „neu denken“ müssen (DBK 2003). Sozialstaatliche Fürsorge muss so geleistet werden, dass Selbstverantwortung nicht demotiviert wird. Die Gretchenfrage einer guten Sozialpolitik lautet also: Wie kann Solidarität so gestaltet werden, dass sie aus Abhängigkeit herausführt, statt sie zu zementieren? Nur wer die historischen, sozialen und konfessionellen Hintergründe der europäischen Sozialstaatsmodelle kennt, wird fähig sein, sie an die heutigen Herausforderungen anzupassen.

Entscheidend für die aktuelle ethische Diskussion um die Gestaltung des Sozialstaates ist das Prinzip der *Subsidiarität*. Es hat zwei Seiten: (1) Negativ-begrenzend meint es den Vorrang der Zuständigkeit untergeordneter Instanzen und damit ein „Kompetenzanmaßungsverbot“ für übergeordnete Bürokratien. (2) Positiv-gestaltend meint es die Pflicht der übergeordneten, meist staatlichen Instanzen zum „hilfreichen Beistand“. Einige politische und kirchliche Stellungnah-

men aus jüngerer Zeit betonen m. E. zu wenig die Zusammengehörigkeit beider Aspekte. Subsidiarität wird einseitig als Maxime der Selbstverantwortung im Sinne eines individualistisch-verdienstethischen Modells des frühbürgerlichen „Self-made-Man“ interpretiert (Dabrock/Gabriel, 2003, 403-406). Dies läuft auf eine Privatisierung von Risiken hinaus und führt zum Verlust sozialpolitischer Glaubwürdigkeit. Das anreizethisch konzipierte Modell zur Reform des Sozialstaates ist ein Bruch mit der katholischen Tradition, dessen Pointe die solidarische Ermöglichung von Selbstverantwortung ist.

Für sich alleine hat die katholische Tradition darauf keine hinreichenden Antworten auf die neuen Herausforderungen des Sozialstaates, sondern nur in Verbindung mit anderen Traditionen, die sich wechselseitig befruchten können. Die Stärke des katholischen Modells ist die Förderung einer Solidarität von unten, die in den kirchlichen Verbänden und Gemeinden immer noch ein beachtliches Potential hat und für die heute insbesondere im Kontext von Bürgergesellschaft und Kommunitarismus neue Impulse diskutiert werden. Die Stärke des lutherischen Modells ist die klare ordnungspolitische Verankerung. Die Stärke des calvinistischen Modells liegt im Blick für den indirekten sozialen Nutzen des Wettbewerbs. Die Zukunft des europäischen Sozialstaates hängt von der Balance zwischen diesen drei Modellen ab.

Gerade das Mischungsverhältnis unterschiedlicher Traditionen war oft sehr fruchtbar. Das ist eine Chance für das werdende Europa, wo ganz unterschiedliche Traditionen aufeinander treffen. Bisher gibt es erst schwache Ansätze für eine gesamteuropäische Sozialpolitik. Vielleicht ist das auch ein Grund für gewisse Vorbehalte gegen den Vertrag von Lissabon und dem gesamten Europäischen Einigungsprozess, in dem der Wettbewerbsgedanke bisher eine viel stärkere Rolle gespielt hat und spielt als die für Europa genauso wichtige sozialpolitische Tradition. In vielen Ländern finden sozialistische Parteien, die den Aspekt staatlich organisierter Verteilungsgerechtigkeit betonen, wachsende Zustimmung. Für einen freiheitlichen und wettbewerbsfähigen Sozialstaat, der dem Anspruch des christlichen Menschenbildes entspricht, kommt es aber darauf an, Sozialpolitik nicht einseitig auf Kosten von Liberalität auf der einen und konservativ-bürgerschaftlicher Eigenverantwortung auf der anderen Seite zum machen.

Vielleicht ist das Phänomen der De-Privatisierung öffentlicher Religionen, die sich auch im Bereich der Sozialstaatstraditionen bemerkbar macht, ein Chance, die Vielfalt der unterschiedlichen Traditionen, die die Kirchen hier einbringen können, für ein ausgewogenes Konzept des Europäischen Sozialstaates zu nutzen (vgl. dazu die Zusammenfassung aktueller Forschungen zu „Europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit“ im Jahrbuch der Sozialwissenschaften 2005, hrsg. von Karl Gabriel).

3. Risiken im Wandel: neue Aufgaben des Sozialstaates

Solange das Wirtschaftswachstum eine zunehmende Verteilung der Überschüsse erlaubte, wurde der Mangel an einer normativen Theorie des Sozialstaates hinsichtlich seiner Kriterien und Begründungen nicht virulent. Heute muss die Zuordnung der hochkomplexen Kooperations- und Solidaritätssysteme moderner Gesellschaften neu gestaltet werden. Dabei treffen ganz unterschiedliche Vorstellungen über die normativen Grundlagen des Sozialstaates aufeinander (vgl. Kersting, 2005, 34):

- Ist sein Zweck „Daseinsfürsorge“ zur suffizienzorientierten Sicherung des Existenzminimums?
- Dient er der „Freiheitsfürsorge“, indem er mittels bestimmter Grundgüter ein hinreichendes Maß an Autonomie und gesellschaftlicher Inklusion ermöglicht?

- Zielt er auf „Gleichheitsfürsorge“, um mögliche gleiche Chancen für alle zu schaffen und materiellen Unterschiede im Wohlstandsniveau abzumildern?
- Oder ist der Sozialstaat als „Demokratiefürsorge“ auszugestalten, die – zum Beispiel durch gegenleistungsfreies Transfereinkommen (Bürgergeld) oder durch Unterstützung ehrenamtlichen Engagements – die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Solidarität verbessert?

Wie sind die Ziele der Daseinssicherung, Freiheitsermöglichung und gesellschaftlichen Integration unter den gewandelten Bedingungen heute zu gewährleisten und zu gewichten? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich, wenn man die sozialstaatliche Bekämpfung der Armut als strukturellen Ernstfall der christlichen Option für die Schwachen betrachtet?

Politisch gesehen ist das Sozialstaatsgebot keineswegs nur in Form von Anspruchsrechten auszulegen, sondern ebenso in Form von aktiven Teilhabe- und Beteiligungsrechten der Bürger (z. B. durch Zugang zu öffentlichen Gütern wie Schwimmbädern, Bibliotheken oder Naherholung, durch Förderung von Bildung, Fortbildung und Integration für Migranten, durch frühzeitige Information bei kommunalen Planungen sozialer und ökologischer Belange oder durch Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement im Sinne der Demokratiefürsorge). Darüber hinaus muss der Dynamik von demografischem und sozialem Strukturwandel (z. B. im Rentensystem), dem Druck des internationalen Wettbewerbs (z. B. im Arbeitsmarkt) sowie neuen Knappheiten durch wachsenden Bedarf (z. B. aufgrund des technischen Fortschritts in der Medizin) Rechnung getragen werden. Wichtig ist hierbei die Verknüpfung von Beteiligungsrechten mit einer entsprechenden Mitverantwortung für die Folgen der Entscheidungen, zum Beispiel mittels einer Beteiligung am Produktivvermögen.

Heute ist die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung für eine zunehmende Zahl von Menschen, die von ihrem Lohn kaum leben und ihre Familie ernähren können, finanziell nicht gewährleistet. Sie sind finanziell abgehängt. Oft dauert es nicht lange, bis sie auch sozial ausgegrenzt werden und einen Teil ihrer Selbstachtung verlieren. Wenn der Sozialstaat nicht auf reine Daseinsfürsorge reduziert werden soll, sondern auch Elemente der Freiheits- und Demokratiefürsorge enthalten soll, dann braucht er eine deutliche Anhebung der Transferzahlungen (Caritas fordert 20 %). Darüber hinaus sind wirksame Maßnahmen gegen das Lohndumping im unteren Einkommenssegment eine der dringendsten Maßnahmen dagegen, dass Millionen von leistungswilligen Menschen in Deutschland finanziell abgehängt werden.

Der erhebliche Zuwachs an neuen Risiken erfordert einen starken Sozialstaat und eine in alle Politikfelder integrierte vorsorgende und investive Armutsbekämpfung. Wer den Sozialstaat auf suffizienzorientierte Daseinsfürsorge reduziert, macht ihn zum nachsorgenden Reparaturbetrieb, der den Herausforderungen aus strukturellen Gründen nicht gewachsen und auf Dauer teurer ist als ein investiver Sozialstaat. Die Weichen für soziale Integration oder Desintegration werden zunehmend außerhalb der klassischen sozialpolitischen Handlungsfelder gestellt, insbesondere im Bereich der Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik (vgl. ZdK 2007).

Im Sozialwort der katholischen Kirche in Luxemburg scheint mir dieses Anliegen durch das Postulat der Querverbindung zwischen verschiedenen politischen Handlungsfeldern aufgenommen, jedenfalls kann man für eine Methode der vorsorgenden Sozialpolitik daran anknüpfen. So wäre z.B. in Luxemburg die Wohnungsmarkt- und Mietpolitik ein wichtiges Vorfeld der Sozialpolitik, um bezahlbarem Wohlfühlraum auch für Familien und Migranten zu ermöglichen.

4. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch „Kapitalisten der Nächstenliebe“

Das katholische Modell des Sozialstaates hat vor allem im Rheinischen Kapitalismus seine politisch prägende Ausdrucksform und Weiterentwicklung erfahren. So entstand das Konzept eines „sozialen Kapitalismus“, das auf dem Weg der strukturellen Verankerung von sozialer Hilfe, Schutzmaßnahmen und Dialogprozessen einen Ausgleich der Interessen zwischen Kapital und Arbeit anstrebt. Seine anthropologischen und normativen Leitideen unterscheiden sich im Blick auf soziale Absicherung deutlich von einer selektiv ausgerichteten Leistungsethik, die darauf setzt, dass die Angst vor dem sozialen Absturz alle individuellen Kräfte mobilisiert.

Die solidarische Ausrichtung des Rheinischen Kapitalismus ist keineswegs leistungsfeindlich, sondern fördert durch Sicherung in Notlagen, Ermutigung und Hilfe, Integration und Beteiligung die Fähigkeit und Bereitschaft zu individueller Leistung und Verantwortungsübernahme. Ökonomisch gesehen setzt er auf die Bewahrung und Entwicklung des Sozialkapitals. Er zielt auf aktivierende Hilfe für die Marginalisierten, ohne dabei die Dynamik der Marktprozesse auszuhebeln. Man kann dieses Konzept unter den heutigen Bedingungen durchaus treffend als „solidarische Leistungsgesellschaft“ (Glück, 2006) charakterisieren. Sie unterscheidet sich ebenso von einem paternalistischen Betreuungsstaat, der entmündigt und abhängig macht, wie von einer individualistischen Anreizethik, die allein in Kategorien der Konkurrenz und abstrakter Funktionalität denkt, ohne die Wertschöpfungspotentiale sozialer Netzwerke und Vertrauensbildung in den Blick zu nehmen.

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, die gerade ihr 60jähriges Jubiläum feiert, hängt davon ab, ob ihre Grundidee, die Integration von Wettbewerb und sozialem Ausgleich, heute neu gefunden und durchgesetzt wird. Das Soziale ist dann und nur dann wettbewerbsfähig, wenn man es als Entdeckungsverfahren für die Stärken der Schwachen entfaltet. Das Soziale ist also nicht bloß eine Entschädigung für die Nachteile der Schwachen, sondern integrales Moment einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Durch Risikoschutz, Bildungszugang und Beteiligung schafft eine soziale Kultur die Voraussetzungen für mehr Leistung und mehr Chancengleichheit. Damit ermöglicht der Sozialstaat ein besseres Funktionieren von Markt und Wettbewerb. Er ist eine Investition in die Leistungsfähigkeit der Bürger, damit diese auch angesichts von ungünstigen Voraussetzungen oder Schicksalsschlägen ihre Potentiale entfalten können.

Die Chancen der Sozialpolitik hängen davon ab, ob sie künftig stärker als Teil der Wirtschaftspolitik gedacht und gestaltet wird. Entscheidend hierfür ist die Vermittlung mit dem Wettbewerbsgedanken, der als „Option für den Starken“ zunächst in einem konträren Gegensatz zur sozialpolitischen Option für den Bedürftigen zu stehen scheint. Auch unter ethischen Gesichtspunkten hat der Wettbewerb seine berechtigte Funktion als Motivationsanreiz und Instrument der Handlungskoordination (vgl. Vogt, 2008a). Er wird jedoch zur Ideologie, wenn man daraus ein Weltbild macht (Vogt, 2007). Wettbewerb mit humanem Antlitz braucht „Kapitalisten der Nächstenliebe“, die die Potentiale der Bedrängten entdecken, fördern und als Marktmacht nutzen. Dafür gibt es kein Patentrezept, jedoch viele Aspekte und Möglichkeiten, zum Beispiel: die Zufriedenheit von Mitarbeitern, die Unterstützung in Notsituationen erfahren haben und dann bereit und fähig sind, sich auch für das Unternehmen einzusetzen. Wesentliche Elemente der Sozialpolitik in Deutschland sind aus den Initiativen von Unternehmen entstanden, die Krankenversicherung und Kinderbetreuung für ihre Mitarbeiter organisiert und damit langfristig florierende Unternehmen aufgebaut haben. Nach aktueller Analyse hängen 30 % des Unternehmenserfolges von der Zufriedenheit der Mitarbeiter ab (SZ vom 28.12.07). Kluge Sozialpolitik ist eine der besten Investitionen in die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Heute ist eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur ökologischen sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar, weil die Ursache für neue soziale Spaltungen weltweit und in den einzelnen Ländern, vor allem aber zwischen den Lebenschancen der heutigen Menschen und denen der künftigen Generationen nicht ohne intensiven Umweltschutz möglich ist. Insbesondere im Klimaschutz die die notwendigen Änderung so radikal. Wir brauchen nichts Geringeres als eine neue industrielle Revolution, eine neue Definition von Fortschritt und Wohlstand: Als Fortschritt kann nur noch bezeichnet werden, was von den Bedingen der Natur mitgetragen wird.

Konkret bedeutet das für Europa: 20 oder 30 % weniger CO₂ bis 2020 und 80 % weniger bis 2050. Auch Luxemburg sollte sich, wie es Deutschland getan hat, diesen Zielen anschließen, sie auf nationaler Ebene ratifizieren und verbindlich konkretisieren. Das ist unbequem. Hier kann und muss die Kirche, die nicht von kurzfristigen Wahlerfolgen abhängig ist, zur Verantwortung mahnen, und zwar nicht allgemein, sondern konkret (z.B. Problem des Tanktourismus, der lukrativ aber unverantwortlich und ein Ärgernis für jede ökologisch orientierte Politik der Nachbarländer ist). Gerechtigkeit muss heute im Kontext von Schöpfungsverantwortung und Klimaschutz neu verortet werden. Nachhaltigkeit ist praktizierter Schöpfungsglaube. Sie ist Basis für die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur Ökologisch Sozialen Marktwirtschaft.

5. Kommentare zu den sozialpolitischen Handlungsfeldern der Kirche in Luxemburg aus deutscher Perspektive

Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend die Handlungsfelder im Sozialwort der kirche in Luxemburg kommentieren:

- 1. Not sehen und handeln:** Für ein reiches Land wie Luxemburg ist es beschämend, dass 12 % der Menschen armutsgefährdet sind (nach dem Maßstab der EU-Definition von 60 % des bedarfsgerechten Nettoäquivalenzeinkommens. Da dessen Berechnung komplex ist, schwanken die Zahlenangaben). Freilich sind die zahlen in Deutschland noch deutlich negativer (18 %; noch 1997 lagen sie ebenfalls bei 12 %. Falls die Krise des Finanzsystems anhält, könnte sich die Situation mittelfristig auch in Luxemburg zunächst wirtschaftlich und dann auch sozialpolitisch verschlechtern). In Deutschland ist der Anteil von Kindern deutlich überproportional (ca. 20%, das sind 1,76 Millionen, wobei nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung [DIW] eine Million Kinder hinzuzurechnen sind, die in Haushalten leben, die ihren Anspruch auf ALG II nicht einfordern; vgl. Steinforth, 2008, 3).

Die Kritik der Armutdefinition, nach der 60% des Einkommens als „armutsgefährdet und 50 % als „arm“ gilt, obwohl das doch bei uns immer noch viel sei (in Luxemburg derzeit 1.287 € und in Deutschland 781 €), scheint berechtigt, wenn man es abstrakt sieht und mit dem Einkommen von zahllosen Menschen in Entwicklungsländern vergleicht. Wenn man jedoch die vielen Dimensionen von Not, Ausgrenzung und Unsicherheit, die es auch mitten in unseren Gesellschaften gibt, im Blick hat, dann wird deutlich, dass es auch in unseren reichen Gesellschaften, in denen Partizipation oft viel Geld voraussetzt, große Armut gibt. Hier ist es Aufgabe der Kirche, sich für eine differenzierte Wahrnehmung einzusetzen, Berührungspunkte abbauen und falschen Verharmlosungen, die oft aus Unkenntnis der realen Situation von Armen beruhen, entgegen zu wirken.

- 2. Für das Leben lernen:** Wie kann man sich damit abfinden, dass in Luxemburg 20 % der Schüler ohne Schulabschluss ins Leben gehen? Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist das für den Staat sehr teuer, weil er nicht selten, die Folgekosten,

z.B. in Form von lebenslanger Arbeitslosigkeit mit zu tragen hat. Die entscheidende Weichenstellung für eine langfristige Sicherung von Wohlstand und sozialer Integration ist *Bildung für alle*. Sie ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Eine umfassende Bildungspolitik, die auch Schwache von Anfang an ermutigt statt ausgrenzt und individuelle Begabungen sowie soziale und kreative Kompetenzen fördert, ist die Basis eines subsidiären Sozialstaates, der zu Selbstverantwortung befähigt. Aufgrund der ständig steigenden Anforderungen im Arbeitsmarkt ist Bildung heute eine lebenslange Aufgabe. Da Menschen ohne Bildung in unserer Gesellschaft zunehmend abgehängt werden, gewinnt der Anspruch auf Bildungszugang den Charakter eines Menschenrechtes.

Zur Mündigkeit in der modernen Welt gehört auch politische Bildung – dieser Aspekt scheint im Sozialwort trotz des guten Diskussionstextes hierzu, auf der Strecke geblieben zu sein. Der Rückzug ins Private ist allenthalben zu finden. Auch in Deutschland werden Teile der Kirche eher unpolitisch. Mit Aristoteles kann man dagegen setzen: Der Mensch ist *zoon politikon*, Menschsein ist auch politische Existenz, demokratischer Streit um Konzeptionen des guten und gerechten Lebens. Christlicher Glaube hat einen Öffentlichkeitsauftrag. Wenn er seinen befreienden Anspruch ernst nimmt, muss er diesen immer neu in die Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft umsetzen. Gerade in Luxemburg hat die Kirche hier aufgrund der hohen Präsenz europäischer Institutionen eine große internationale Verantwortung.

3. **Arbeit anerkennen und fördern:** Aus sozialpolitischer Perspektive ist eine der problematischsten Entwicklungen der vergangenen Jahre in Deutschland die rasante Zunahme von extrem *niedrigen Löhnen*, die trotz Vollzeitbeschäftigung kaum zur Existenzsicherung reichen. Auch in der Diskussion um das Sozialwort der Kirche in Luxemburg findet sich das Schlagwort „working poor“. Die Marktanpassung über Angebot und Nachfrage funktioniert im Lohnsektor nur unzureichend, da viele Menschen in einer Zwangslage sind und unterbezahlte Jobs annehmen müssen, um über die Runden zu kommen. Auch wenn der Mindestlohn ein problematisches Instrument ist, da er bisweilen zum Abbau von Arbeitsplätzen führt, überwiegen aus meiner Sicht die Pro-Argumente. Allerdings sind gleichzeitig nationale und internationale Anstrengungen für eine aktive Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik unverzichtbar. In Deutschland blicken viele voller Neid auf die Regelung in Luxemburg mit garantiertem Mindesteinkommen.

Bei einem Dialogseminar der Kirchen in Europa vom Februar 2008 stand die Sorge um die zunehmende Segmentierung der Arbeitsmärkte und die prekären Arbeitsverhältnisse der *working poor* im Mittelpunkt. Das Leitkonzept der EU „*flexicurity*“ (aus Flexibilität und Security) wurde dagegen gestellt. Man kann es als Versuch einer Synthese aus calvinistischen und katholischen Traditionselementen (wie sie oben erläutert wurden) interpretieren. Es zielt darauf, die fürsorgenden Institutionen der Gesellschaft mehr zum Empowerment der Schwachen sowie einer Kompensation der neuen Unsicherheiten, die den einzelnen oft überfordern, weiter zu entwickeln. Er soll die Menschen ermutigen, dass sie ihren Weg in einen modernisierten Arbeitsmarkt finden, der durch kürzere Beschäftigungsverhältnisse und weniger Absicherung gekennzeichnet ist. „Die Würde des Menschen und der Schutz der Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt müsse der Ansatzpunkt zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen sein“ (Pressemeldung der ComECE zum Dialogseminar vom 28. 2. 2008).

- 4. Zum Miteinander in der einen Gesellschaft beitragen:** Der hohe Ausländeranteil von über 40 % ist in Luxemburg ein zentrale Herausforderung. Dabei haben die Christen eine besondere Aufgabe, denn für die Kirche gibt es keine Ausländer, sie ist eine internationale Gemeinschaft, die nicht an Landesgrenzen halt macht und von ihrem eigenen Selbstverständnis her universal ausgerichtet ist. Die Kirche ist der älteste *global player* und *global prayer*.

Die Fähigkeit zu Frieden und Versöhnung mit Fremden beginnt mit der Integration der Ausländer im eigenen Land. In Luxemburg scheint hier vieles erstaunlich gut zu gelingen- jedenfalls deutlich besser als in Deutschland. Vielleicht kann Luxemburg hier auch Vorbild sein für andere. So werden diesbezüglich auf europäischer Ebene die Abschieberegelungen diskutiert (Rückführungsrichtlinie vom 18. Juni 2008). Aktuell haben sich die Kirchen in den Konflikt um Menschen aus außereuropäischen Staaten, die sich illegal in europäischen Ländern aufhalten, eingemischt. Bei aller berechtigten und notwendigen Drohung mit Haftstrafen, Abschiebungen Wiedereinreiseverboten sollte der Maßstab der Menschenwürde, der auch diesen Menschen nicht abgesprochen werden darf, im Blick bleiben.

- 5. Familien und Lebensfragen ansprechen:** In Deutschland gehören Familien, insbesondere Alleinerziehende zu der Bevölkerungsgruppe, deren Armutsgefährdung derzeit am schnellsten wächst. Ein Kind in die Welt zu setzen, gehört zu den größten Armutsrisiken. Die Geburtenrate ist entsprechend niedrig (1,4). Familie ist jedoch die Keimzelle der Gesellschaft, die Basis jeder Bildung, Ausgangspunkt sozialer Integration und der Befähigung, andere zu integrieren. Eine Gesellschaft, die die Familien an den Rand drängt, hat keine Zukunft. Der Rhythmus des modernen leben ist aber zunehmenden von der Ökonomie bestimmt. Die schwierigen Vereinbarkeit von Familie und beruf gehört zu den sozialetischen Grundproblemen modernen Lebens. Kirche und Caritas leisten hier in vielen Ländern Europas intensive Unterstützung, könnten aber noch stärker an den gesellschaftlichen Ursachen familiärer Lebensprobleme ansetzen.

Ein vorbildliches und wichtiges Projekt der Hilfe in Luxemburg scheint mir beispielsweise der „Medienführerschein“ für Eltern, da gute Medienerziehung heute ein besonders zentrales und schwieriges Feld ist.

- 6. Mithelfen dass Wohnen erschwinglich wird.** Systematisch ist an diesem Feld interessant, dass es nicht einfach um billige Sozialwohnungen gehen kann, sondern eine vorausschauende Investitionspolitik im Bereich von Bauen, Wohnen, Stadtplanung und Siedlungsentwicklung notwendig ist. In jüngerer Zeit verbindet sich dies aufgrund der rasant steigenden Energiepreise, die das Heizen für die Armen machen und wohl bald in weit höherem Maße machen werden, auch mit dem Bereich der Klima- und Umweltpolitik (in Deutschland gibt es z.B. umfassende Kredite für Wärmedämmung). Die Wohnungsproblematik ist ein anschauliches Beispiel für die Notwendigkeit einer vorsorgender Sozialpolitik und ihrer Integration in Wirtschaft und andere Politikfelder.

- 7. Umweltgerecht und nachhaltig handeln:** Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine gemeinsame Priorität der Christen und der Politiker in Europa (vgl. die Erklärung Europäischen Bischöfe bei ihrer Frühjahrsvollversammlung; ComECE, März 2008). Ein nachhaltiger Lebensstil, auf den sich die Kirchen in Europa in der *Charta Oecumenica* verpflichtet haben (Nr. 9) und der auch in der luxemburgischen Konsultationen als Leitziel aufgenommen wurde (Sozialwort S. 13f) , ist heute ein unverzichtbares Element einer christlichen Lebensform. Auch die dritte europäische Versammlung der Kirchen in Europa (Sibiu /Rumänien; September 2008) hat hierauf einen Akzent gesetzt.

Insbesondere auf globaler Ebene ist das Anliegen von *Caritas* heute in den Kontext der Herausforderungen von Klimagerechtigkeit gestellt und mit den Fragen der Nachhaltigkeit als einem Überlebensprogramm für die moderne Zivilisation verbunden (Caritas 2003). Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass eine der ersten Umsetzungsmaßnahmen zum Sozialwort der Kirche in Luxemburg die Berufung eines Umweltbeauftragten war.

- 8. An der einen Welt mitarbeiten:** Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die wachsende weltweite Armut, die aufgrund ihrer Wahrnehmung als Ungerechtigkeit im Kontext von Globalisierung und Klimawandel sowie aufgrund der komplexen ethnischen und religiösen Konflikte auch zu einer vielschichtigen Gefährdung des Friedens geworden ist. Eine besondere Verantwortung, die sich hier für Luxemburg als führendem Bankenstandort ergibt, ist der Einsatz für mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Stabilität im Weltfinanzsystem. Die Berücksichtigung von ethischen Kriterien bei Geldanlagen, wofür sich kirchliche Gruppen in Deutschland schon seit den 1970er Jahren einsetzen, gehört zu den vergleichsweise einfach umsetzbaren Maßnahmen.

Als Orientierung und verbindlicher Rahmen für globale Armutsbekämpfung bieten sich die Millenniumsentwicklungsziele der UNO an, die u. a. das Ziel gesetzt haben, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren. Derzeit sind 1,3 Mrd. Menschen von absoluter Armut betroffen (weniger als 1 Dollar/Tag Einkommen) und 2,8 Mrd. Menschen von extremer Armut (weniger als 2 Dollar am Tag).

Ein besonderer Akzent katholischer Initiativen im caritativen Bereich bleibt das konkrete Engagement für die Notleidenden in vielen Feldern, ohne das Sozialpolitik niemals gelingen kann. Dies darf aber nicht dazu führen, dass der Anspruch der Gerechtigkeit privatisiert wird, wie ich anhand von aktuellen Fehldeutungen des Subsidiaritätsprinzips verdeutlicht habe. Letztlich ist die neue Armut in unserer Gesellschaft für die Kirche eine Herausforderung, wieder stärker politisch zu sein. Denn der christliche Glaube ist nicht Privatsache der individuellen Beziehung zu Gott, sondern Auftrag und Befähigung zur Mitgestaltung des öffentlichen Lebens. Angesichts der Globalisierung, die auch in allen Ländern die Handlungs- und Sozialbedingungen wesentlich beeinflusst, muss auch Caritas politischer werden.

Maßstab der Hoffnung kann dabei jedoch nicht die Vorstellung sein, dass wir je eine Welt ohne Armut und Not erreichen werden. Maßstab der Hoffnung ist Gott selbst, und die Ausrichtung der Menschen und der Gesellschaft auf seine Gerechtigkeit – in Wort, Tat und Gebet. Die Kirche kann und soll sich nicht in Aktivismus aufreiben, sondern bei aller tätigen Liebe immer zugleich und zuerst ein Ort der Nachdenklichkeit sein (Sozialwort S. 6). Ich hoffe und wünsche, dass der heutige *journée sociale* zu einer solchen geistigen und geistlichen Quelle für die Erneuerung wird.

Literatur

- Baumgartner, Alois (2005): Entwicklungslinien des deutschen (Sozial-)Katholizismus, in: Heimbach-Steins, Marianne (Hrsg.), *Christliche Sozialethik: Ein Lehrbuch*, Band I, Regensburg, S. 187–199.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)(2008): *Mindestlohn durch Entsendegesetz*, Berlin 2008 (Pressemeldung, [www.bmas.de/.](http://www.bmas.de/)).
- Caritas München (Hrsg.)(2003): „...den Nachkommen auf ewig.“ *Chancen und Perspektiven nachhaltigen Handelns*, München.
- Dabrock, P./Gabriel, K. (2003): *Einladung zum Missbrauch? Eine Kritik aktueller gesundheitspolitischer Stellungnahmen der Kirchen*, in: *Herder Korrespondenz* 57, 403-406.

- DBK – Die deutschen Bischöfe: Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (2003): Das Soziale neu denken: Für eine langfristig angelegte Reformpolitik, Kommissionsschriften, Nr. 28, Bonn.
- Deutsche Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2008): Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Bundestagsdrucksache 16/3265).
- Europäische Kommission (2005): Europäische Wettbewerbspolitik und die Verbraucher, Luxemburg.
- Gabriel, K./Große-Kracht, H.-J. (2004): Abschied vom deutschen Sozialstaatsmodell?, in: Stimmen der Zeit 222 (2004), 227-233.
- Gabriel, Karl (2006): Die ‚katholischen‘ Grundlagen des Sozialstaates – und ihre Relevanz für die aktuelle Diskussion um sein Profil und Programm, in: Schramm, Michael/Große-Kracht, Hermann-Josef/Koska, Ulrike (Hrsg.), Der fraglich gewordene Sozialstaat: Aktuelle Streitfelder – ethische Grundlagenprobleme, Paderborn, S. 9–25.
- Gabriel, Karl (Hrsg.) (2005): Europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit. Strukturelle Grundlagen und religiöse Wurzeln (Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaft 46), Münster.
- Glück, Alois (2006): Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft: Leitidee und Vision der Christlichen Demokratie?, St. Augustin.
- Kersting, Wolfgang. (2005): Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral, Weilerswist.
- Kleinschwärzer-Meister, Birgitta/Rose, Miriam/Becker, Patrick (Hrsg.) (2007): Das Soziale wie denken? Die Zukunft des Sozialstaates in der interdisziplinären Diskussion, Beiträge aus dem Zentrum der ökumenischen Forschung Münchens, Nr. 4, Berlin.
- Landeskomitee der Katholiken in Bayern (2000): Solidarität und Eigenverantwortung stärken: Grundzüge eines subsidiären Sozialstaates, München.
- Schramm, Michael/Große-Kracht, Hermann-Josef /Koka, Ulrike (Hrsg.) (2006): Der fraglich gewordene Sozialstaat: Aktuelle Streitfelder – ethische Grundlagenprobleme, Paderborn .
- Sozialreferat der Stadt München (2004): Münchner Armutsbericht 2004.
- Steinforth, Thomas (2008): Kinderarmut, Fakten und Tendenzen, München (Referat zur Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates München und Freising; <http://www.erzbistum-muenchen.de/EMF009/EMF000883.asp>).
- Vogt, Markus (1997): Sozialdarwinismus. Wissenschaftstheorie, politische und theologisch-ethische Aspekte der Evolutionstheorie, Freiburg.
- Vogt, Markus (2008a): Markt und Moral. Sozialethische Zwischenrufe zu einer Ethik des Wettbewerbs, in: Schweizer Kirchenzeitung 4/2008, 48-50 und 5/2008, 70-77.
- Vogt, Markus (2008b): Sozialstaatsgebot, Subsidiarität und Selbstverantwortung, in: vbw/VBM/BayME (Hrsg.), Einsichten schaffen Aussichten. Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft , Köln 2008, 74-83.
- ZdK – Zentralkomitee der deutschen Katholiken (2007): Mut zur Zukunft – Verantwortung des Einzelnen und des Sozialstaates angesichts neuer Risiken, Bonn.